

**Herausgeber:**

Bundesvorstand  
Vorstandsbereich III  
Stellv. Bundesvorsitzender  
Senioren  
Olof-Palme-Straße 19  
60349 Frankfurt

15.09.2003

## **Stellungnahme der SeniorInnen der IG BAU zur Alterssicherung**

### **Ergebnis eines Workshops in der Bildungsstätte der IG BAU in Steinbach**

Die Teilnehmer des Workshops Alterssicherung der SeniorInnen in der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) stellen und unterstützen realistische politische Forderungen für eine zukunftsfähige Alterssicherung. Die SeniorInnen sind enttäuscht von den Vorschlägen der Rürup-Kommission. Damit ist die Chance für eine gerechte Finanzierung der Sozialversicherungssysteme vertan.

Die IG BAU hat ihr eigenes Rentenkonzept in die Diskussion um die Erneuerung der Sozialversicherung eingebracht. Herzstück der Konzeption ist die Verbreiterung der Basis der Einzahler in die Sozialversicherung. Dieses Verfahren wäre gerechter als das bisherige, weil nicht nur die Schwachen, sondern die wirtschaftlich leistungsstarken Schichten auch in die Sozialversicherung einzahlen müssten.

Die Beitragsbemessungsgrenze soll entfallen, zumindest schrittweise aufgehoben werden. Wer über ein höheres Einkommen verfügt, sollte sich gerade in ökonomisch und demografisch schwierigen Phasen an den Lasten der solidarischen Sozialversicherung beteiligen.

Bei Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze sollte eine stark degressive Kurve bei den aus höheren Beiträgen entstehenden Ansprüchen eingeführt werden, also eine degressiv proportionale Rentenhöhe. Die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze wäre langfristig ein Nullsummenspiel, wenn die höheren Einzahlungen im Maßstab 1:1 höhere Auszahlungsansprüche begründen würden. Dass aus höheren Einzahlungen höhere Ansprüche folgen müssen, legt die verfassungsrechtliche Interpretation nahe, damit ist allerdings das Verhältnis von Einzahlung und Anspruch noch nicht festgelegt.



Die SeniorInnen der IG BAU wehren sich dagegen, dass die Mehrheitsmeinung in der Rürup-Kommission starr in Richtung auf die Erhöhung des Rentenalters zugeht. Dabei erreichen schon jetzt nur 4 % der Bauarbeiter, Landarbeiter sowie Forstarbeiter die reguläre Altersgrenze von 65. Die meisten scheiden lange vorher aus dem Erwerbsleben aus, nicht weil sie es wollen, sondern weil sie es wegen ihrer Gesundheit oder Arbeitslosigkeit müssen. Das treibt vor allem Mitglieder der IG BAU in die Armutsfalle, weil sie vor der Rente noch länger arbeitslos sind.

In Zukunft sind die Versicherungsjahre stärker bei der Rente zu berücksichtigen. Es muss die Möglichkeit eröffnet werden nach 44 Versicherungsjahren ohne Abschläge in Rente gehen zu können. Dies wird vor allem notwendig, wenn das Renteneintrittsalter heraufgesetzt würde.

Die SeniorInnen der IG BAU fordern die Regierung auf eine Altersversorgung zu garantieren, die solidarisch von allen Gruppen der Gesellschaft getragen wird und die alle Gruppen der Gesellschaft im Alter sicher stellt.

Dazu bedarf es einer Verbreiterung der Basis der Beitragszahler durch Einbeziehung der gesamten Wohnbevölkerung (einschließlich politischer Mandatsträger, Beamte - langfristig unter Wahrung entsprechender Übergangsfristen - und Selbstständige) ab 16 Jahre und aller Einkünfte in die gesetzliche Rentenversicherung. Mit dem Vorschlag, die Basis der Rentenversicherung zu erweitern, verbinden sich folgende Ziele:

- die Befriedigung des elementaren Schutzbedürfnisses einer verlässlichen Altersversorgung auch bei veränderten Erwerbsbiographien
- die Beitragssätze zumindest stabil zu halten, und dies trotz der prognostizierten demografischen Entwicklung
- die Legitimation der sozialen Sicherungssysteme durch eine solidarische Verteilung der Finanzierungslasten zu verbreitern und ihre ökonomische und finanzielle Basis nachhaltig zu stärken.

Die „Konzeption der IG BAU für ein universelles System der gesetzlichen Alterssicherung“ bietet, nach Auffassung der SeniorInnen, allen eine verlässliche Perspektive. Sie sorgt für:

- Solidarität und Gerechtigkeit zwischen und innerhalb der Generationen
- Beibehaltung der paritätischen Beitragsfinanzierung
- Verminderung der lohnbezogenen Belastung von Arbeitseinkommen
- Flexibilität beim Renteneintrittsalter
- Eigenständige Rentenansprüche
- Aufbau eines Grundstocks für eine individuelle Altersvorsorge für alle
- Vermeidung von Altersarmut



Die SeniorInnen fordern die Geringfügigkeitsgrenze auf eine Bagatellgrenze abzusenken. Jede Beschäftigung gehört in den Schutz der Sozialversicherung.

Die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen sind aus der gesetzlichen Rentenversicherung herauszunehmen.

Die Vorschläge der IG BAU für ein universelles System der gesetzlichen Altersicherung bestehen im Kern auf eine Rückbesinnung auf das verfassungsrechtliche Gebot des sozialen Ausgleichs. Nur auf diesem sozialstaatlichen Fundament lassen sich die künftigen Belastungen fair und tragbar verteilen.

Auf der Grundlage des Beschlusses des 17. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB fordern wir ein Stufenprogramm zur Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West noch in diesem Jahrzehnt.

Darüber hinaus unterstützen die SeniorInnen uneingeschränkt das Minderheitenvotum des Bundesvorsitzenden der IG BAU, Klaus Wiesehügel, in der Rürup-Kommission.

Steinbach (Ts.), August / September 2003

